

(A) (Minister Dr. Schnoor)

nungen circa 80 Millionen DM interkommunal umverteilt.

Die Berechnungs- und Abrechnungsschritte mögen Ihnen auf den ersten Blick kompliziert erscheinen. Sie entsprechen aber im Grundsatz einer gerechten Lastenverteilung. Das schon beim "Fonds Deutsche Einheit" praktizierte Verfahren ist übrigens bundesweit anerkannt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Herrn Innenminister. - Damit ist die erste Lesung des Haushaltsentwurfes 1992 unterbrochen und wird in der nächsten Woche, am 18. September, mit der Beratung fortgesetzt. Der Tagesordnungspunkt 2 ist für heute erledigt.

Ich rufe Punkt 3 auf:

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den "Westdeutschen Rundfunk Köln" und des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (4. Rundfunkänderungsgesetz)

(B)

Gesetzentwurf
der Fraktion der F.D.P.
und der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/1795 (Neudruck)

dritte Lesung

Beschlußempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses zur 2. Lesung
Drucksache 11/2023

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/2086

Meine Damen und Herren! Beratungsgrundlage der heutigen dritten Lesung des Gesetzentwurfes bildet der Wortlaut des Gesetzentwurfes, wie er sich aus dem während der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes angenommenen Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 11/2086 - ergibt.

(C)

Die Fraktion der CDU, die Fraktion der F.D.P. und die Fraktion DIE GRÜNEN haben zur heutigen Sitzung mit Drucksache 11/2354 einen gemeinsamen Änderungsantrag vorgelegt, der in die Beratungen einbezogen wird.

Ich eröffne die Beratungen und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Kern das Wort.

Abgeordneter Kern (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits in der ersten Lesung des jetzt zu behandelnden Gesetzentwurfes der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN und unseres Änderungsantrages zum 4. Rundfunkänderungsgesetz hat die SPD-Fraktion durch ihren Sprecher, Herrn Wendzinski, zusammenfassend erklärt, daß die SPD-Fraktion nicht erkennen kann, daß und wie eine im Sinne der beiden kleinen Fraktionen veränderte Zusammensetzung des Rundfunkrates die Wahrung der Rundfunkfreiheit und die Sicherung der gewollten Meinungsvielfalt im Rundfunk besser garantieren würde, als es jetzt der Fall ist. Das Bundesverfassungsgericht habe eindeutig bestätigt, daß die Vertreterinnen und Vertreter aus den gesellschaftlich relevanten Gruppen, nämlich aus den Verbänden, den Kirchen, der Politik und weiteren kulturellen und sozialen Einrichtungen und Gruppen, in der jetzigen Zusammensetzung sehr wohl die verlangte Kontrolle des Rundfunks garantieren würden.

(D)

Der Innenminister hat damals darauf hingewiesen, daß der Gesetzgeber aus gutem Grunde das d'Hondt'sche Verfahren für die Zusammensetzung aus dem Landtag, also für die sogenannte Staatsbank im Rundfunkrat, festgelegt habe.

Für die CDU-Fraktion hat in dieser ersten Lesung Herr Hegemann erklärt, daß er sich weitgehend der vorgetragenen Argumentation des Innenministers anschließe, wonach der Landtag als Ganzes als die politisch relevante Gruppe anzusehen sei.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wir gehören doch dazu!)

Er hat auf den Wählerauftrag hingewiesen, der die Verhältnisse hier regelt, und erklärt - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

(A) (Kern [SPD])

Zu sagen, das Gesetz ist gut, wenn wir beide hineinkommen, das können Sie mit uns nicht machen.

So Hegemann damals!

Nach der Überweisung in den Hauptausschuß wurden auch dort von den beiden kleinen Fraktionen keine neuen Argumente eingebracht außer Appellen und Hinweisen auf andere Zusammensetzungen der Rundfunkräte in einigen anderen Bundesländern.

In der zweiten Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfs habe ich dann erklärt, daß die SPD-Fraktion mit einem eigenen Änderungsantrag, der heute vorliegt, den Intentionen der kleinen Fraktionen dadurch entgegenkommen wolle, daß die Zahl von 12 auf 13 Mitglieder erhöht werde. Dadurch böte sich den kleinen Fraktionen die Möglichkeit, nach Abstimmung untereinander in beiden Gremien - im Rundfunkrat und in der Rundfunkkommission - als Mitglied oder als Stellvertreter alle notwendigen Informationen zu erhalten und im von ihnen geforderten Sinne Kontroll- und Informationspflicht auszuüben.

(B) Dagegen erfüllt der gestern vorgelegte Änderungsantrag der Opposition die Wünsche der beiden kleinen Fraktionen nur dann, wenn es entweder einen gemeinsamen Vorschlag der Opposition mit intern geregelter Verteilung der Plätze gibt oder wenn diese zwei zusätzlichen Plätze als Grundmandate vergeben werden, also nicht, wie im Gesetz steht, über d'Hondt. Dann allerdings ist das ein Einstieg in die Thematik und auch die Problematik "Grundmandat überhaupt".

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Diese Diskussion möchte die SPD-Fraktion nicht am vorliegenden Gesetzentwurf führen. Auch die CDU-Fraktion hat in der zweiten Lesung Grundmandate grundsätzlich abgelehnt, Herr Hegemann.

Über das im Gesetz vorgesehene Verfahren von d'Hondt würden beide kleinen Parteien erst je einen Platz im Rundfunkrat erhalten, wenn die sogenannte Staatsbank erheblich vergrößert würde, so auf etwa 18 bis 20 Mitglieder.

(C) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schlimm genug!)

Im Hauptausschuß ist nicht seitens der SPD-Fraktion signalisiert worden, man wolle die Vorschläge der kleinen Fraktionen voll übernehmen, sondern nur, man wolle nach Rücksprache mit der Fraktion ihnen entgegenkommen.

Wir haben Wort gehalten und uns bewegt. Dieses Entgegenkommen wurde auch sehr wohl von den Antragstellern bis kurz vor der zweiten Lesung als fair anerkannt, Herr Rohde. Mir bleibt unklar, was die Ursache dafür ist, nun doch wieder die alte Maximalforderung zu stellen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist ein Kompromiß, Herr Kern!)

- Ja, ist er, auch zu unseren Gunsten, einverstanden!

Ich meine, F.D.P. und GRÜNE sollten endlich die vom Wähler geschaffenen Fakten sehen und anerkennen. Die SPD bleibt bei ihrem Änderungsantrag Drucksache 11/2086, bekräftigt auch die Zusagen für die Besetzung der Rundfunkkommission. Den neuen Änderungsantrag Drucksache 11/2354 lehnen wir ab.

(D) Vizepräsident Schmidt: Ich danke Herrn Abgeordneten Kern und darf Herrn Abgeordneten Hegemann für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Abgeordneter Hegemann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vorredner hat gerade darauf hingewiesen, daß der Wähler Fakten geschaffen hat. Das ist nur bedingt richtig: Die Fakten hat der Gesetzgeber geschaffen.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Mit einfacher Mehrheit haben Sie die Größe des Rundfunkrates festgestellt. Sie haben ihn sinnigerweise auf 41 Sitze erhöht. Das bedeutet in keiner Weise eine Verbesserung der Qualität dieses Gremiums, erst recht keine Programmverbesserung und keine größere Ausgewogenheit des Westdeutschen Rundfunks. Den-

(A) (Hegemann [CDU])

noch lassen Sie gewählte Fraktionen aus diesem Gremium heraus. Wenn Sie 41 Personen in dieses Gremium bringen, ist es meines Erachtens eine Frage des Demokratieverständnisses, ob man dabei die Fraktionen dieses Hohen Hauses, die gewählt sind, ausschließt.

(Erneut Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Dies beinhaltet in der Tat keinen Einstieg in ein Grundmandat. Ich habe Herrn Büssow im Hauptauschuß anders verstanden, als er signalisierte, darüber könne man reden: durchaus positiv, nicht als Diskussionsgrundlage.

Es bedeutet keine Aufblähung des Gremiums, wenn man die Zahl der Sitze von 41 auf 43 erhöht. Ich meine, wir sollten die Minderheitsmeinung im Rundfunkrat hören, und wir sind bereit, der F.D.P. einen Sitz abzutreten. Daß Sie den GRÜNEN partout keinen Sitz geben wollen, mag ja Gründe haben, kann aber nichts damit zu tun haben, daß Sie das Gremium nicht erweitern wollen. Zu sagen: Wir gehen zwar von 41 auf 42, aber 43 ist eine außergewöhnliche Vergrößerung des Gremiums - das kann nicht sein.

(B)

Es ist ein taktisches Spielchen. Ich glaube, wir sollten uns alle etwas ernster nehmen, wenn wir uns als Fraktionen auch in diesen Gremien wiedersehen. Mit Grundmandat hat das nichts zu tun. Dazu muß man gewisse Größen haben. Wenn aber dieses Haus in den Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks entsendet, dann, bitte schön, alle Fraktionen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hegemann! - Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Rohde das Wort.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Hoffnung auf Zugewinn an Erkenntnis in der Sommerpause hatten wir der SPD eine gewisse Reifezeit eingeräumt, eine Pause gegönnt, und nun, Herr Kern, sind wir außerordentlich traurig, richtig enttäuscht,

(C)

daß Sie diese Pause zum Nachdenken gar nicht genutzt haben, sondern uns mit der 13er Lösung und nicht, wie wir alle - CDU, F.D.P. und GRÜNE - das wollen, mit der 14er Lösung jetzt wieder den alten Vorschlag servieren,

(Abgeordneter Kern [SPD]: Neu, seit gestern!)

der doch nur Ihre eigene Mehrheit sichert,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Traurig!)

- ja, traurig, Herr Vesper -, aber gegenüber der 12er Lösung, der geltenden Rechtslage, weder der CDU noch den GRÜNEN noch der F.D.P. irgendeine Verbesserung einräumt. Insofern ist es außerordentlich bedauerlich, daß Sie die Zeit zum Reifen während des schönen Sommers nicht für sich genutzt haben. Es wäre doch sehr sinnvoll, wenn Sie alle Fraktionen, die im Parlament vertreten sind, gleichberechtigt behandelten. Aber von Ihnen werden nicht alle Fraktionen gleichberechtigt behandelt, sondern es gibt zwei Parteien - die CDU und die SPD -, die Sie als gesellschaftlich relevante Gruppierungen anerkennen. Aber die F.D.P. und die GRÜNEN werden von Ihnen nicht als gesellschaftlich relevante Gruppen anerkannt. Wir bedauern das.

(D)

Es ist auch bedauerlich, Herr Kern, daß angesichts des öffentlich-rechtlichen Auftrags des WDR, zu einer lebendigen öffentlichen Streitkultur beizutragen, nur zwei Gruppierungen in den Aufsichtsgremien vertreten sind und zwei Fraktionen, die GRÜNEN und die F.D.P., ausgesperrt werden. Wenn wir eine pluralistische Kultur wollen, die alle Kräfte zu repräsentieren hat, dann können Sie doch nicht sagen, daß F.D.P. und GRÜNE nichts in den Gremien des Rundfunks zu suchen haben.

Deswegen sind wir der Meinung, daß das, was Sie uns mit dem 13er Vorschlag servieren, undemokratisch ist. Es entspricht auch nicht dem notwendigen Fairplay hier im Hause und auch nicht der politischen Kultur des Pluralismus, die wir gemeinsam nicht nur im Parlament, sondern insbesondere bei der vierten Gewalt zu vertreten haben, und da doch in ganz besonderer Weise.

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Arroganz der Macht!)

Daß die vierte Gewalt nicht einseitig ausgerichtet sein darf, daß sie einer vielfältigen pluralistischen Kontrolle bedarf, das halte ich, wenn man etwas von Fairplay und politischer Kultur des Pluralismus hält, für selbstverständlich.

Herr Kern, ich habe den Eindruck, daß Sie bei dem, was Sie hier vortragen, ein sehr schlechtes Gewissen haben und sich nicht ganz wohlfühlen. Sie haben uns zur zweiten Lesung gesagt: Nein, wir können das nicht mitmachen, eine weitere Aufstockung des Rundfunkrats ist den Bürgern aus finanziellen Gründen nicht zuzumuten.

(Abgeordneter Kern [SPD]: Das habe ich nicht gesagt.)

- Das haben Sie wirklich gesagt. Ich bin dankbar, daß Sie das jetzt weggelassen haben. Aber auch Ihr jetziger Beitrag macht deutlich: So wohl fühlen Sie sich nicht.

(B) Herr Wendzinski hat in seinem außerordentlich präzisen Beitrag in der letzten Lesung gesagt: In anderen Fällen, als wir Ihnen ein Grundmandat angeboten haben - ich denke nur an den Sockelbetrag bei der Wahlkampfkostenberechnung -, waren Sie gar nicht bereit, dies anzunehmen, und haben anschließend hier im Parlament nicht mitgezogen.

Diese beiden Beiträge von damals und jetzt machen deutlich, daß Sie sich der Sachargumentation irgendwie nicht stellen wollen. Irgendwie fühlen Sie sich auch selbst unwohl dabei. Ihre Worte machen deutlich, daß Sie ein schlechtes Gewissen haben. Dennoch können wir Sie nicht daran hindern, Ihrem Vorschlag, den Sie selbst eingebracht haben, nämlich nur 13 Sitze vorzusehen, zu folgen. Wir sagen noch einmal: Kein Fairplay, kein Ausweis, daß Sie F.D.P. und GRÜNE als relevante politische Kraft im Landtag anerkennen, kein Bekenntnis zu der Notwendigkeit, eine politische Kultur der gegenseitigen Kontrolle, der Vertretung aller demokratischen Kräfte auch in den Rundfunkgremien anzuerkennen.

Wir halten fest an unserem 14er Vorschlag. Wir

(C)

wären Ihnen dankbar, wenn Sie die wenigen Minuten, die wir bis zur Entscheidung haben, noch nutzen würden, um sich für Fair play auch in den Gremien des Rundfunkrates zu entscheiden. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Dr. Rohde. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Dr. Vesper das Wort.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich könnte dem Vortrag von Herrn Rohde noch hinzufügen, daß die Zahl 13 auch keine allzu glückliche Zahl ist und die Zahl 14, nämlich zweimal 7, eine sehr viel bessere Zahl ist.

(Minister Heinemann: Abergläubisch?)

Aber wir erkennen an, meine Damen und Herren, die SPD hat sich gegenüber ihrer bisherigen Haltung tatsächlich bewegt. Immerhin will sie nicht den Status quo aufrechterhalten, sondern diesen weiteren 13. Sitz schaffen, den F.D.P. und wir uns teilen sollen.

(D)

Ist das ein Kompromiß? Nein, das ist eben kein Kompromiß, meine Damen und Herren; denn Ihr Vorschlag gehorcht nur der Notwendigkeit. Zu Beginn war die SPD-Fraktion - und zwar von Büssow bis Wendzinski, um einmal zwei alphabetische Pole in Ihrer Fraktion zu benennen - unsäglich steif und arrogant. Der WDR-Rundfunkrat schien für sie fast so ein Exklusivgremium zu sein wie der Zentralbankrat oder der Vorstand des Rotary-Klubs. Hier durften die kleinen Fraktionen einfach nicht hinein.

(Abgeordneter Kern [SPD]: Beim Rotary-Klub doch!)

"Klein" ist ja relativ; immerhin vertreten wir beiden jeweils rund eine halbe Million Wählerinnen und Wähler in diesem Lande.

Alle Argumente, alle Hinweise auf die durchgängig andere Praxis in den anderen Bundesländern halfen

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

nicht. Sie ließen sich in Ihrer Arroganz der Macht nicht beirren. Beweglicher wurden Sie erst im Verlauf der Plenartage im Juli, und dann gleich wie der sprichwörtliche Hühnerhaufen; im Hühnerhaufen laufen die Hühner ja bekanntlich nicht in dieselbe Richtung, sondern alle durcheinander.

Der Grund für Ihre Beweglichkeit kam aber nicht vom Baum der Erkenntnis, es war auch nicht der politische Wille, daß auch die kleinen Fraktionen beteiligt sein müßten, sondern, wie oben schon gesagt, die nackte Not. Sie haben nämlich gemerkt, daß F.D.P. und wir mit unseren 26 Abgeordneten schon bei zwölf Sitzen einen Sitz plus Stellvertreter nach d'Hondt durchsetzen konnten.

(Abgeordneter Kern [SPD]: Als Liste!)

Als gemeinsame Liste! - Erst wollten Sie das gar nicht glauben, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Aber die Arithmetik gehorcht nun einmal objektiven Gesetzen und richtet sich nicht nach dem, was Sozialdemokraten gern hätten.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Tun Sie sich doch mit denen zusammen! - Kultusminister Schwier: Eine spannende Koalition!)

(B)

- Dazu komme ich noch, Herr Kultusminister. - Die Sitzverteilung auf der Landtagsbank hätte gelautet: 6 statt 7 für die SPD, 5 für die CDU und 1 für die F.D.P. und die GRÜNEN, und das auch nur, wenn die großen Fraktionen alle Leute an Deck gehabt hätten, sonst hätte das nämlich noch einmal anders ausgesehen.

Da klappten manche Münder nach unten. Wer kurz zuvor noch besonders halsstarrig darauf bestanden hatte, F.D.P. und uns auf keinen Fall auch nur einen Millimeter entgegenzukommen, ließ plötzlich Bewegung erkennen; denn das fein austarierte sozialdemokratische Verteilungssystem - das ich noch lange nicht durchschaut habe, Herr Farthmann; da bitte ich noch einmal um Nachhilfeunterricht - für die Besetzung Ihrer Sitze im Rundfunkrat war plötzlich gefährdet. Irgendwie geriet die Ordnung zwischen Bezirksverbänden, Arbeitsgemeinschaften, Konfessionen, Geschlechtern und wenn noch immer durcheinander. Und da ergriff Sie eine gewisse Panik.

(C)

Wenn Sie dann aus dieser Situation heraus uns beiden je einen Sitz angeboten hätten nach dem Motto, "wir haben uns geirrt und bringen das jetzt mit einer großzügigen Geste in Ordnung", dann wäre alles klar gewesen. Statt dessen sind Sie wieder einmal nur genau so weit gegangen, wie Sie ohnehin gehen mußten, und keinen Millimeter weiter. Und das, meine Damen und Herren, ist doch der Verzicht auf Politik, immer nur das nachzuvollziehen, was ohnehin aus juristischen oder rechnerischen Gründen zwingend ist.

Politik wäre es hingegen, dem verbalen Eintreten Ihrer Partei für eine demokratisch-politische Kultur und für die Beachtung von Minderheitenrechten endlich auch in Nordrhein-Westfalen Taten folgen zu lassen. Es ist doch eine Zumutung - zu Ihrem Hinweis eben, Herr Schwier -, wenn Sie F.D.P. und uns zwingen, auf einem Stuhl Platz zu nehmen - zwei Fraktionen, deren einzige Gemeinsamkeit doch darin besteht, daß sie ungefähr gleich groß oder gleich klein sind, wie Sie wollen, die aber ansonsten doch politisch einiges unterschiedlich sehen, wie Sie wohl in diesem Hause schon bemerkt haben.

Natürlich hätten wir trotzdem gemeinsam den 12. Sitz durchgefochten, und natürlich nehmen wir auch den 13. Sitz wahr, wenn er jetzt beschlossen wird. Trotzdem ist es eine politische Zumutung, die Sie uns ganz bewußt auferlegen, weil Sie nämlich an Politik in diesem Bereich mit einer für mich ganz erstaunlichen Unsicherheit herangehen. Sie sind richtig unsicher; Herr Rohde hat es eben schon ausgeführt.

(D)

(Zustimmung des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

Wer unsicher ist, wird erstens defensiv, verteidigt also immer nur die eigenen Privilegien, statt bei Wahrung der eigenen Interessen eine gewisse Großzügigkeit walten zu lassen, und er wird zweitens arrogant. Beides haben Sie eigentlich gar nicht nötig, meine Damen und Herren.

Deshalb appelliere ich an Sie: Stimmen Sie dem von CDU, F.D.P. und GRÜNEN eingebrachten Änderungsantrag zur Erhöhung auf 14 Sitze zu. Das ist - ich sage es noch einmal - ein Kompromißvorschlag, weil wir auf das Grundmandat verzichten und sagen: 14 Sitze, und dann einigen wir uns über die Zusam-

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

mensetzung, ohne das Grundmandat festzuschreiben. Sonst - Herr Farthmann, auch wenn Sie lachen, das meine ich ganz ernst - werden wir mit gleicher Münze zurückzahlen und Sie dazu zwingen, auf dem gleichen Stuhl mit Herrn Linssen Platz zu nehmen.

(Beifall bei GRÜNEN, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Vesper. - Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Abgeordneter Kern noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Jetzt kommt die "Kern"-Aussage!)

Abgeordneter Kern (SPD): Herr Präsident, nur ganz kurz! Herr Rohde, ich habe in dem Beitrag zur zweiten Lesung erklärt, die F.D.P.- bzw. die GRÜNE-Fraktion sei nach meiner Meinung keine gesellschaftlich relevante Gruppe. Ich habe nicht erklärt, daß die Partei keine sei. Wir unterscheiden da sehr wohl zwischen der Partei in der Öffentlichkeit und dem Teil des Plenums, des Landtags, der insgesamt - so hat es auch der Innenminister dargestellt - seine Staatsbank in den Rundfunkrat schickt.

(B)

Herr Vesper, von Ihnen möchte ich gern wissen, wie Sie denn mir oder uns erklären, daß Sie zunächst, nachdem Ihnen bekannt war, daß 13 Sitze vorgesehen sind, dieses Entgegenkommen als fair bezeichnet haben. Jedenfalls ist mir das von Ihnen oder aus der Opposition so berichtet worden. Wir meinen nach wie vor, das sei ein vernünftiges Verfahren.

Drittens: Reicht Ihnen das denn nicht, wenn Sie als ordentliches Mitglied oder als Stellvertreter vollen Zugang zu den Informationen haben?

Letztlich - das müssen Sie nun einfach einmal kapiern -: Die SPD hat zwar nur gerade 50 % der Stimmen, aber wir haben eine deutliche Mehrheit an Mandaten hier im Landtag. Diese Mehrheitsverhältnisse können und sollen - und das wünscht auch der Wähler draußen - auch in andere Gremien übertragen werden.

(C)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Seltsames Demokratieverständnis!)

Vizepräsident Schmidt: Meine Damen und Herren! Wünscht jemand im Plenum das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt 3 nicht vorliegen. Dann sind wir am Schluß der Beratung.

Ich bitte alle Abgeordneten, Platz zu nehmen, damit wir bei der jetzt folgenden Abstimmung Übersicht haben. Zunächst wird über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN - das ist die Drucksache 11/2354 - abgestimmt. Wer für diesen Änderungsantrag der drei Fraktionen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Die Gegenprobe! - Danke schön. Das Präsidium stellt fest, daß dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt worden ist.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf in dritter Lesung, also in der Fassung der zweiten Lesung. Wer für den Gesetzentwurf ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN in dritter Lesung angenommen.

(D)

Meine Damen und Herren! Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Wahl der Mitglieder des Rundfunkrates des Westdeutschen Rundfunks Köln

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2024

Die vier Fraktionen haben sich inzwischen auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag geeinigt. Er ist Ihnen mit Drucksache 11/2336 vorgelegt worden, so daß wir, da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, nun